



HESSISCHER LANDTAG

24. 03. 2023

Plenum

Antrag

**Nina Heidt-Sommer (SPD), Christoph Degen (SPD),
Tobias Eckert (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Stephan Grüger (SPD),
Karin Hartmann (SPD), Gisela Stang (SPD), Turgut Yüksel (SPD)
und Fraktion**

**Berufliche Schulen 4.0: Berufliche Bildung als ganzheitlichen Prozess der
Berufsvorbereitung, Ausbildung und Weiterbildung verstehen – Berufliche
Schulen in Hessen stärken und ihre Vielfalt sichern**

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag fordert, das Gesamtgefüge der Beruflichen Schulen zu stärken. Er stärkt zum einen die Berufsschule als Partner innerhalb des dualen Ausbildungssystems und zum anderen die weiterführenden Bildungsgänge in Vollzeit mit berufsbezogenen Schwerpunkten, indem die Berufsschulstandorte in der Regel erhalten und berufsvorbereitende und berufsqualifizierende Bildungsgänge an Beruflichen Schulen so ausgestaltet werden, dass allen Schülerinnen und Schülern weiterführende Schulabschlüsse zugänglich sind, berufsbezogene Grundlagenkenntnisse erworben und stabile Berufswünsche entwickelt werden können. Beratung und Begleitung am Übergang in Ausbildung und eine qualifizierte Ausbildungsbegleitung sollen regelhaft und bedarfsgemäß vorgesehen werden. Die studienqualifizierenden Bildungsgänge werden in ihrem Bestand gesichert und die Möglichkeiten, studienqualifizierende Abschlüsse im Rahmen der Ausbildung zu erwerben, ausgeweitet.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Moratorium für das bisher wenig ambitionierte Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“ zu verhängen, um verbunden mit der Ankündigung diesen Prozess transparent und unter Beteiligung aller Betroffenen neu aufzulegen.
3. Der Landtag bekräftigt, dass Investitionen in Berufliche Schulen und Berufliche Bildung von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit von starken regionalen Ausbildungs- und Wirtschaftsstandorten sind.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, ein auskömmliches Investitionsprogramm „Berufliche Bildung 4.0“ auf den Weg zu bringen, dass die Schulträger bei der Sanierung von Schulen, der Schaffung von neuen und modernen Lernumgebungen, einer zeitgemäßen technischen Ausstattung und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur unterstützt.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem dazu auf, den Beruflichen Schulen mehr Eigenverantwortung für die Umsetzung von Rahmenlehrplänen und Curricula sowie von organisatorischen und fachlichen Konzepten für die Zukunft zu übertragen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Berufsschulstandorte dezentral und betriebsnah zu sichern. Schulträgerübergreifende Organisationsformen in Form von Bezirks- und Landesfachklassen sollen die Ausnahme darstellen. Gerade im Bereich der Berufsschule kommt dem Lernortverbund zwischen Ausbildungsbetrieb und Berufsschule sowie engen Kooperationsbezügen zwischen den Partnern des dualen Systems eine besondere Bedeutung zu.

7. Die Landesregierung wird aufgefordert, in Pilotprojekten für Ausbildungsberufe mit geringen Auszubildendenzahlen Kooperationen zwischen Schulen unter Nutzung der digitalen Möglichkeiten von hybriden Unterrichtsprojekten zu erproben, um für Schülerinnen und Schüler einen wohnortnahen Berufsschulunterricht zu sichern, Planbarkeit und Kontinuität für die Entwicklung der Schwerpunkte an Beruflichen Schulen zu gewährleisten, Ressourcen wirksam zum Einsatz zu bringen und die Ausbildungsstandorte in der Region zu stärken.
8. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung dringend auf, auch in Hessen einen Lehramtsstudiengang Berufliche Schulen der Fachrichtung Sozialpädagogik einzurichten, die Zahl der Ausbildungsplätze an den Fachschulen für Sozialpädagogik auszubauen und in diesem Bereich auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte zu stärken. Berufliche Schulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung in der Region. Dies gilt beispielsweise auch für den Beruf der Erzieherin und des Erziehers, in dem angesichts des gesellschaftlichen Bedarfs an Angeboten der frühkindlichen Bildung und Betreuung ein immenser Fachkräftebedarf besteht.

Begründung:

Der Landtag bekennt sich gleichermaßen zur Akzeptanz für berufliche und akademische Bildung. Deshalb kommt der Investition in Berufliche Bildung eine besondere Bedeutung zu. Eine qualifizierte berufliche Erstausbildung ist unabdingbare Voraussetzung für eine kontinuierliche und existenzsichernde Erwerbsbiografie und bietet eine Vielzahl an Entwicklungsmöglichkeiten für die berufliche Karriere.

Wiesbaden, 24. März 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Nina Heidt-Sommer
Christoph Degen
Tobias Eckert
Lisa Gnadt
Stephan Grüger
Karin Hartmann
Gisela Stang
Turgut Yüksel